



Klare BMI-Aussage: „Wir wollen die Polizeizulage erhöhen!“

Staatssekretär Stephan Mayer, der in Vertretung von Bundesinnenminister Horst Seehofer auf der dbb Jahrestagung in Köln eine beeindruckende Rede hielt, hatte dabei nicht nur für den öffentlichen Dienst im Allgemeinen, sondern auch für die Bundespolizei im Besonderen einige gute neue Nachrichten im Gepäck.

Das BMI wird nach seinen Aussagen nicht nur die (von uns geforderte) Zulage für Personenbegleiter Luft einführen, sondern Bundesinnenminister Seehofer sei darüber hinaus fest dazu entschlossen, auch die Polizeizulage zu erhöhen.

Staatssekretär Mayer verwahrte sich in seiner Rede ausdrücklich gegen den populistischen Vorwurf eines angeblichen Staatsversagens. Der Staat sei ganz im Gegenteil aufgrund der immensen Leistungen des öffentlichen Dienstes stets handlungsfähig geblieben. Daran habe insbesondere die Polizei in Deutschland mit ihrer Arbeit einen großen Anteil.

Weite Teile seiner Rede widmete Staatssekretär Mayer deshalb auch den vielen Polizeibeamtinnen und -beamten in Deutschland, denen er in besonderer Weise für ihren sehr belastenden Dienst dankte.

Den öffentlichen Dienst in seiner Gesamtheit bezeichnete der Staatssekretär als „Garant für das Zusammenleben in Einigkeit und Recht und Freiheit“.

Mayer legte ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamten-tum ab, indem er allen Bestrebungen, Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung einzubeziehen, eine klare Absage erteilte.

Mayer kündigte eine positive Modernisierung der Besoldungsstruktur auf Bundesebene an. Außerdem werde man die Arbeitsbelastungen in den besonders betroffenen Bereichen Migration, Digitalisierung und Sicherheit vor-



➤ Staatssekretär Stephan Mayer fand klare Worte im Hinblick auf Forderungen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft nach Erhöhung der Polizeizulage und zur Einführung einer Zulage für Begleiter bei Rückführungen.

rangig abmildern. Schließlich überraschte der Stellvertreter des Bundesinnenministers seine Zuhörer abschließend mit seiner Aussage zur Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten. Hatte der ehemalige Bundesinnenminister de Maizière die Diskussion über eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Beamte stets kategorisch abgelehnt, sagte Mayer: „Im Koalitionsvertrag sind dazu keine Änderungen vorgesehen. Aber für das BMI gilt: Die derzeit 41 Wo-

chenstunden sind nicht in Stein gemeißelt!“ Nach der mit großem Applaus beantworteten Rede nutzte unser Bundesvorsitzender Ernst G. Walter die Gelegenheit, sich bei Staatssekretär Mayer im Namen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft für die anerkennenden Worte in Richtung Bundespolizei und für die hoffnungsvollen Ankündigungen bezüglich der Einführung von PBL-Zulagen sowie der Erhöhung der Polizeizulage zu bedanken. ■

Im Gespräch mit der FDP

Der Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter, war zu verschiedenen Terminen Gast bei der FDP, die als Oppositionspartei im Deutschen Bundestag unseren Forderungen in weiten Teilen positiv gegenübersteht und sie durch entsprechende Anfragen im Bundestag aktiv unterstützen will.

Auftakt machte ein Treffen mit MdB Bernd Reuther, der als Mitglied im Luftverkehrsausschuss des Deutschen Bundestages unter anderem für Fragen der Luftsicherheit zuständig ist. Walter erläuterte

die Eckpunkte seines konzeptionellen Vorschlags für eine Neuordnung der Luftsicherheitskontrollen in Deutschland und seine ablehnende Haltung zum aktuellen Plan des BMI, die Verantwortung für die

Durchführung der Luftsicherheitskontrollen vollumfänglich in die Hände der Flughäfen zu legen.

Auf persönliche Einladung von Parteichef Christian Lind-

Impressum:

Redaktion:
Jörg Stüven
Tel.: 0174.8000887
joerg.stueven@dpolg-bpolg.de
Geschäftsstelle und Redaktion:
Seelower Str. 7
10439 Berlin

ISSN 0943-9463



ner berichtete Walter vor der vollständig versammelten FDP-Bundestagsfraktion über die Lage in der Bundespolizei und die aus Sicht der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft vorrangig politisch anzugehenden und schließlich auch zu lösenden Probleme.

Dabei informierte er die Abgeordneten natürlich auch umfänglich über unsere gewerkschaftlichen Forderungen, über die unglaublich positive Entwicklung unserer Gewerkschaft, über unsere Haltung zu den aktuellen politischen Fragen und über das, was wir von der Politik zur Stärkung der Bundespolizei und zum Wohle unserer vielen immer noch überlasteten Kolleginnen und Kollegen erwarten.

Schließlich war Ernst G. Walter Gast im Deutschen Bundestag bei der Konferenz der Innenpolitischen Sprecher der FDP aus allen Fraktionen des Bundes und der Länder. In dieser „Innenrunde“ vertrat Walter die DPoIG-Positionen zu den Punkten Musterpolizeigesetz, Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, fehlende Ausbildungskapazitäten, mangelhafte Personalsituation in Bund und Ländern, Gesichtserkennungssoftware bei polizeilicher Videoüberwachung, Verbot von Pyrotechnik beim Fußball und Verantwortlichkeit der Vereine sowie Einsatz von Elektroimpulsgeräten als neue effektive Distanzwaffe im Einzeldienst.

Darüber hinaus referierte er ausführlich zum Themenkomplex Migration, bei dem er auch über die Probleme der Bundespolizei bei der Rückführung auf dem Luftweg berichtete, die einerseits durch viel zu hohe Stornoquoten bei angekündigten Abschiebungen, oft aber auch durch eine ineffiziente dezentrale Organisation bei der Passbeschaffung und



Ernst G. Walter informierte die FDP-Fachkonferenz Innere Sicherheit über die aktuellen Forderungen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

eine häufig mangelnde Koordination zwischen verschiedenen beteiligten Stellen in den Ländern und/oder mit dem Bund verursacht werden.

Walter bemängelte in diesem Zusammenhang die immer noch viel zu geringe Anzahl von Abschiebehaftplätzen. Er forderte die FDP-Innenpolitiker deshalb dazu auf, in ihren Ländern intensiv für die Schaffung von mehr Abschiebehaftplätzen zu werben, damit die Gerichte auch dazu in die Lage versetzt werden, in jedem Fall Haft anzuordnen, wo dies erforderlich ist. Damit würde zugleich ein großer Beitrag zur Reduzierung der personal- und kostenintensiven Stornoquoten bei Rückführungen auf dem Luftweg geleistet.

Schließlich nutzte Walter die Gelegenheit, auch in diesem großen Kreis von Innenpolitikern noch mal die Eckpunkte des DPoIG-Vorschlags für einen Systemwechsel bei den Luftsicherheitskontrollen zur Erhöhung von Qualität und Effizienz vorzustellen und das dringende Erfordernis von mehr staatlicher Verantwortung bei der Wahrnehmung dieser hoheitlichen Aufgaben zu verdeutlichen.

Da hoheitlichen Kontrollen zur Terrorabwehr dienen, dürften künftig nicht mehr wie Dienstleistungen betrachtet werden, die man wie einfache Servicearbeiten ausschreiben und an gewinnorientiert arbeitende Firmen vergeben kann. Das Kontrollpersonal müsse wieder beim Staat, einer staatlichen oder einer halbstaatlichen Gesellschaft eingestellt, ausgebildet und dauerhaft beschäftigt sein. Nur eine Non-Profit-Organisation, so Walter, sei dazu in der Lage, wirtschaftlich unabhängig und zunächst dem hohen Sicherheitsstandard verpflichtet diese hochsensiblen hoheitlichen Aufgaben mit Eingriffscharakter wahrzunehmen.

Dabei wies Walter ausdrücklich darauf hin, dass die privaten Flughafenbetreiber, nach unserem Konzept künftig auch selbst viel mehr Verantwortung für die Konfiguration, Organisation und Ausstattung der Kontrollstellen tragen sollen, um die Bundespolizei von rein organisatorischen Arbeiten zu entlasten.

Insbesondere müssten durch die Flughafenbetreiber endlich die infrastrukturellen Voraussetzungen an den Flughäfen

verbessert werden, auch wenn dadurch entstehende Kosten gegebenenfalls nicht durch die Luftsicherheitsgebühren gedeckt werden. Abschließend konnte der Bundesvorsitzende auch unsere Forderungen nach Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-zulage wegen der auch nach Beendigung der aktiven Dienstzeit fortbestehenden Belastungsfolgen des Polizeidienstes sowie die Zulassung der Anwendung des § 27 BLV im Vollzugsdienst der Bundespolizei für bessere Aufstiegsmöglichkeiten ansprechen.

Bei allen Terminen bat der Bundesvorsitzende um Unterstützung für unsere Forderung nach einer zeitnahen Einführung von Zulagen für Personenbegleiter Luft nach bayerischem Vorbild und warb auch insgesamt für mehr Anerkennung unserer vielen Kolleginnen und Kollegen im Auslandseinsatz auch mit Blick auf deren anschließende Karrieremöglichkeiten innerhalb der Organisation.

Die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion sagten zu, sich mit Nachdruck für unsere Forderungen einzusetzen.



Runder Tisch Kriminalitätsbekämpfung wiederbelebt

Die Abteilung 3 des BPOLP hat Anfang Dezember 2018 eine Tradition fortgeführt, die leider in den vergangenen Jahren in Vergessenheit geraten war: der „Runde Tisch Kriminalitätsbekämpfung“, bei dem der Abteilungsleiter 3 in der Adventszeit Vertreter aller in der Bundespolizei vertretenen Gewerkschaften zu einem Gedankenaustausch einlädt.

Im letzten Jahr war es also wieder so weit. Abteilungsleiter Mathias Schaef und Angehörige fast aller seiner Referate nahmen teil. Für die DPoIG nahm wie immer der Referent beim Bundesvorstand, Volker Hesse, teil. Aus den vergangenen Jahren war einiges liegen geblieben und so gab es insgesamt reichlich Themen, die zur Diskussion standen:

- > Nachbesserungsbedarf beim PEK,
- > Erläuterung der Strukturprüfung Ermittlungsdienst,

- > fehlende Klarheit in der Aufgabenabgrenzung Kontroll- und Streifendienst-, Ermittlungsdienst-, Kriminalitätsbekämpfung,
- > Fortbildungs-/Qualifizierungsprobleme,
- > ausbleibende Umsetzung der Richtlinie Internet und
- > Probleme im Bereich digitale Forensik,
- > Prozessbrüche in IT-Systemen und -Anwendungen,
- > mobile Kommunikation,
- > reduzierter ODP der KAH-Stellen.

Es ging quer durch alle Aufgabenbereiche der Kriminalitätsbekämpfung und wurde in der auch schon früher sehr geschätzten Offenheit beleuchtet. Auch der Einsatz von Smartphones wurde thematisiert, wobei an dieser Stelle klar zu konstatieren ist, dass deren momentane Anzahl bei Weitem (!) nicht ausreicht. Darüber hinaus ist nach unserer Bewertung zumindest mittelfristig eine Integration dieser Geräte in die IT-Landschaft „Polizei 2020“ zwingend erforderlich. Noch immer wird viel zu viel Arbeitszeit dadurch vergeudet, dass Vorgänge nicht bereits vor Ort mit entsprechendem Equipment abschließend bearbeitet werden können oder aber die darauf betriebenen Anwendungen keine Schnittstelle zu den anderen Standardanwendungen haben. In vielen Themenbereichen werden wir noch in einen ver-



> Bundesreferent Volker Hesse begrüßt die Wiedereinführung des „Runden Tisches Kriminalitätsbekämpfung“.

tiefenden Austausch mit der Abteilung 3 eintreten, denn für eine abschließende Diskussion waren selbst die fünf Stunden, die sich Mathias Schaef und seine Kollegen Zeit genommen hatten, nicht genug. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Abteilung 3 sich dem Austausch nicht länger verschließt. Auf diese Weise lassen sich die Problemstellungen, die zumeist in der täglichen Handhabung die Kolleginnen und Kollegen der vordersten Linie in den Wahnsinn treiben, auch einmal wieder fachlich versiert und ohne den „Vorwaschgang“ der Hierarchien anderer Entscheidungsebenen verdeutlichen. ■

Personalrat am Flughafen Köln ausgezeichnet „Arbeit statt Krank“

Im November 2018 fand im Rahmen des Schöneberger Forums in Berlin die Auszeichnung zuvor nominiertes Projekt mit dem **Deutschen Personalrätepreis** des Bundesverlages statt.

Das Projekt der Inspektion und des Personalrates der BPOL Flughafen Köln/Bonn mit dem „Konzept zum Einsatz in ihrer Verwendung vorübergehend eingeschränkter PVB“ wurde während der Feierlichkeit mit einer Urkunde ausgezeichnet. Norbert Witte und Dirk Jablonski haben in Berlin an den Feierlichkeiten teilgenommen

und die Urkunde entgegengenommen. Den Personalrätepreis in Gold hat der Personalrat des Ordnungsamtes der Stadt Frankfurt am Main mit dem Projekt „Stadtpolizei 55+“ gewonnen.

Im Rahmen der Veranstaltung ist uns schnell klar geworden, dass wir einen anderen, schlagkräftigen Namen für unser Projekt benötigen. Dies wurde insbesondere auch aufgrund zahlreicher Anfragen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern deutlich, die sich persönlich bei uns nach den Vorstellungen und Zielen unseres Projektes

erkundigt haben. Schnell haben Dirk und Norbert den Arbeitstitel „Arbeit statt Krank“ entwickelt. Er ist einprägsam und beschreibt deutlich die Ziele des Konzepts von Inspektion und Personalrat. Wir danken der Inspektion für die Freistellung vom Dienst zur Teilnahme an der Veranstaltung und der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft für die Übernahme der Reise- und Übernachtungskosten. ■

- > Stolz präsentiert Dirk Jablonski die Urkunde nach der Verleihung der Preise.





Wo bleibt eigentlich die Zulage für unsere BUKs?

Beamtinnen und Beamte, die bei ihrer Kontroll- oder Ermittlungstätigkeit Fäkalien beziehungsweise mit Fäkalien oder Körperflüssigkeiten kontaminierte Personen sowie Gegenstände untersuchen, erhalten für solche teils ekelerregenden Tätigkeiten zu Recht eine entsprechende Zulage. Für Tätigkeiten an kontaminierten Personen oder Gegenständen müssen endlich auch Zulagen an unsere Bundespolizeilichen Unterstützungskräfte gezahlt werden.

Für Bundespolizeiliche Unterstützungskräfte fehlt eine solche Regelung immer noch, ob-

wohl nie auszuschließen ist, dass auch sie solche Tätigkeiten ausüben oder die Beamten dabei zumindest unterstützen müssen. Im Mai 2017 wurde der § 17 der Erschwerniszulagenverordnung (EZuV) für die Beamtinnen und Beamten geändert und eine Zulage für Tätigkeiten mit kontaminierten Personen und Gegenständen eingeführt. Der Tarifvertrag über die Lohnzuschläge enthält dagegen diesbezüglich aber keine Regelung und auch keine Anpassung.

Noch im gleichen Jahr hat die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft deshalb den Präsidenten

der Bundespolizei, Dr. Romann, angeschrieben, der das Anliegen grundsätzlich unterstützt, aber auf die Zuständigkeit des BMI verweist.

Anfang 2018 haben wir uns dann über den dbb beamtenbund und tarifunion ans BMI gewandt. Reaktion bislang: **FEHLANZEIGE!**

Mit Rundschreiben vom 18. Oktober 2018 weist das BMI noch einmal ausdrücklich darauf hin, in welchen Fällen die Beamten die Voraussetzungen für eine solche Zulage tatsächlich erfüllen, erwähnt jedoch unsere Arbeitnehmer

(innen) mit keinem Wort und lässt sie weiterhin im Regen und den Fäkalien stehen.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bittet daher nun Bundesinnenminister Horst Seehofer sehr persönlich darum, diese Ungleichbehandlung endlich zu beenden und für eine entsprechende Regelung für die Arbeitnehmer(innen) zu sorgen. Bis dies geschehen ist, fordern wir alle Verantwortlichen dazu auf sicherzustellen, dass von Tarifbeschäftigten vorerst nicht mehr verlangt wird, derartige Tätigkeiten durchzuführen. ■

Neuer Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle

» Lars Frosina

Seit Beginn des neuen Jahres haben wir einen neuen hauptamtlichen Mitarbeiter in unserer Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Lars Frosina wird unsere Bundesgeschäftsstelle in Berlin mit unseren langjährigen und erfahrenen Kolleginnen Karin Göhler und Kerstin Draheim nach entsprechender Einarbeitungsphase dabei nicht nur personell verstärken, sondern künftig auch die Arbeiten auf der Geschäftsstelle organisieren und die Betriebsabläufe zwischen unseren beiden Geschäftsstellen in Berlin und Lübeck koordinieren.

In den vergangenen sieben überaus erfolgreichen Jahren ist unsere Gewerkschaft kontinuierlich und zuletzt überproportional stark gewachsen, so dass es dringend erforderlich wurde, die anfallenden Arbeiten bei der Mitgliederverwaltung und der Betreuung der Bezirksverbände aus unseren

mehr als nur ausgelasteten Geschäftsstellen heraus auf mehr Schultern zu verteilen und zu optimieren.

Lars Frosina ist 37 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Nach seiner abgeschlossenen Berufsausbildung folgte eine mehrjährige Dienstzeit bei der Bundeswehr, einschließlich eines längeren Auslandseinsatzes. Danach war er einige Jahre bei einem namhaften Luftsicherheitsunternehmen beschäftigt und übte dort verschiedene Tätigkeiten unter anderem als Assistent der Stationsleitung, Teamleiter und als Einsatzleiter aus.

Zuletzt war er nahezu vier Jahre lang Mitarbeiter in der Geschäftsstelle unseres befreundeten DPoIG-Landesverbandes Berlin und dort unter anderem für Organisation zuständig.

Wir, die Mitglieder des Bundesvorstandes, freuen uns sehr, mit Lars Frosina einen in der



» Lars Frosina ist Leiter der Geschäftsstelle.

Sache erfahrenen Mitarbeiter gefunden zu haben, für den Polizei, DPoIG und dbb keine Fremdworte sind und der durch seine berufliche Tätigkeit bei der DPoIG Berlin sowie durch seine ehrenamtliche Funktion bei der befreundeten komba Gewerkschaft über zahlreiche persönliche Kontak-

te verfügt, die ihm bei der Wahrnehmung seiner Tätigkeit als Geschäftsstellenleiter hilfreich sein werden.

Wir wünschen Lars Frosina in unserer DPoIG Bundespolizeigewerkschaft einen guten Start und hoffen auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit! ■



Treffen mit MdB Sebastian Hartmann in Troisdorf

Am 5. Dezember 2018 haben sich Dirk Jablonski (DPoIG BPolG OV FLG K/BN) (links), Andreas Gut (DPoIG NRW KV Bonn) (2. von links) und Dirk-Ulrich Lauer (DPoIG BPolG OV STA) (rechts) mit dem Innenpolitiker und Landesvorsitzenden der NRW SPD, MdB Sebastian Hartmann (2. von rechts), zu einem Gedankenaustausch über die Innere Sicherheit getroffen. Das Gespräch fand in den historischen Räumlichkeiten der Rhein-Sieg-SPD in Troisdorf statt und war für beide Seiten sehr gewinnbringend.

Besprochen wurden Themen die Bundespolizei betreffend, aber auch Themen mit Schnittstellen zwischen Landes- und Bundespolizei. Die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landes-DPoIG läuft nun schon einige Zeit und vonseiten der Gesprächsteilnehmer gibt es auch aus polizeilicher Sicht viele Synergieeffekte. Ein Beispiel ist unter anderem die gemeinsame Wache (GABI) der Sicherheitsbehörden am Hauptbahnhof Bonn.

Als MdB im und für den Rhein-Sieg-Kreis ist Sebastian Hartmann selbstverständlich sehr

interessiert an der Liegenschaft Sankt Augustin und den dort befindlichen Dienststellen und Einheiten. Themen rund um die Liegenschaft in Bezug auf die Erhaltung, Erweiterung und den Neubau von Gebäuden waren Kernpunkte des Gespräches. Die von Sebastian Hartmann und der DPoIG unterstützte Verstärkung der BPOLABT STA mit einer weiteren Hundertschaft vor Ort ist einer der Faktoren für den Bereich der Liegenschaftsentwicklung des Standortes. Ebenso die Unterbringungssituation der Bundespolizei im Flughafen Köln/Bonn und dem Hauptbahnhof Bonn. Der personelle Aufwuchs der Bundespolizei stellt für die Verantwortlichen eine ständige neue Herausforderung dar. Das Personal muss eben auch untergebracht werden.

Nachwuchsgewinnung, aber auch die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Arbeitgeber ist ein nicht zu unterschätzendes Thema, welches Sebastian Hartmann mitgenommen hat. Er versprach, sich insbesondere bei der Nachbesserung im Tarifbereich mit Höhergruppierungen und



Die DPoIG in NRW im Dialog mit MdB Sebastian Hartmann

Entfristungen für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Ausrüstung unter anderem mit nicht letalen Distanzwirkmitteln und der Bodycam wurden besprochen und für gut befunden. Sebastian Hartmann führte mehrfach aus, dass die Sicherheitskontrollen an den Flughäfen eine hoheitliche Aufgabe bleiben muss. Diese Aufgabe sollte keinesfalls in private Hände gegeben werden. Dies sollte auch mit der technischen Aufrüstung einhergehen wie die Einrichtung der erfolgreich erprobten Easy Security Kontrollspuren. Diese Auffassung bekräftigt die Auffassung der DPoIG, dass die Si-

cherheitskontrollen keinesfalls in private Hände abgegeben werden dürfen.

Das Gespräch war für all die besprochenen Themen viel zu kurz und beide Seiten haben sich darauf geeinigt, weitere Gespräche und eine enge Zusammenarbeit für die Innere Sicherheit und die Menschen in unserem Lande zu führen.

MdB Sebastian Hartmann besuchte den Bundespolizeistandort Sankt Augustin noch im Dezember und unterstrich damit die Wichtigkeit der Bundespolizei für die Innere Sicherheit auch im Rhein-Sieg-Kreis. ■

DPoIG fordert die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten

Die Beantwortung der Anfrage der DPoIG beim Bundespolizeipräsidium zur Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten von August 2018 ließ lange auf sich warten. Umso erfreulicher, dass das BPOLP unsere Forderung zur Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) – besser bekannt unter dem ehemaligen Herstellernamen „Taser“

– nicht nur positiv aufgreift, sondern auch inhaltlich und fachlich unterstützt.

Aus dem Schreiben wird deutlich, dass der Einsatz solcher DEIG auch nach Meinung des Bundespolizeipräsidiums für die Beamtinnen und Beamten sinnvoll sein kann, um polizeiliche Alltagssituationen angemessen und unter Be-

rücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu lösen. Das BPOLP weist dabei zu Recht darauf hin, dass der Einsatz der DEIG auf jeden Fall unterhalb der rechtlichen Anforderungen des Schusswafeneinsatzes erfolgen sollte, was die vorgesehenen Änderungen des UZWG (Bund) beziehungsweise der UZwVwV (Bund) laut Aussage des BPOLP

jedoch bereits entsprechend berücksichtigen.

Der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter, hatte gegenüber dem Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Dieter Romann, Klage darüber geführt, dass im Gegensatz zu den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Berlin,



Die Bundespolizei hat lange zu Distanzelektroimpulsgeräten geschwiegen. Gegenüber der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bezieht sie überraschend deutlich Stellung.

die Distanzelektroimpulsgeräte bei ihren Polizeien nach erfolgreicher Erprobung einsetzen, die Bundespolizei bei diesem Thema nahezu sprachlos erscheint. Trotz zurückliegender Erprobung bei der GSG 9 habe das BPOLP bislang nicht offiziell Stellung bezüglich einer möglichen Einführung von DEIG im Kontroll- und Streifendienst der Bundespolizei bezogen.

Bei dem Distanzelektroimpulsgerät handelt es sich nach unserer festen Überzeugung um ein geeignetes Mittel der körperlichen Gewalt, welches die bestehende Lücke zwischen Pfefferspray und Schusswaffe schließt. Neben dem Schutz

der Kolleginnen und Kollegen minimiert der Einsatz solcher Geräte die Lebensgefahr für polizeipflichtige Personen, bei denen ansonsten nur der Einsatz der Schusswaffe bleibt. Elektroimpulsgeräte erzielen eine sofortige Handlungsunfähigkeit beim Angreifer, ohne dass von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden muss.

Ernst G. Walter verspricht: „Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft wird es niemals hinnehmen, dass Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst durch nicht ausreichende Einsatzmittel verletzt werden oder dass gewalttätige unter Alkohol oder Drogen stehende Angreifer durch den alternativlosen

› Schutzausstattung der Bundespolizei immer noch nicht optimal

Ballistische Schutzplatten sind gut, doch wo bleiben die Helme?

Am 21. Dezember 2018 meldete das Bundespolizeipräsidium, dass die Bundespolizei mit der Firma Rheinmetall Defence GmbH einen Rahmenvertrag über die Lieferung von bis zu 41 000 ballistischen Schutzplatten der Klasse VPAM 6 abgeschlossen habe. Die ersten 5 000 Stück sollen im April 2019 ausgeliefert und schnellstmöglich an die Dienststellen verteilt werden. Eine ballistische Schutzplatte VPAM 6 wiegt 940 g und soll die Beamtinnen und Beamten unter anderem vor Beschuss des Kalibers 7,62 mm (AK-47 Kalaschnikow) schützen, so das Bundespolizeipräsidium.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt die Beschaffung dieser neuen Schutzplatten ausdrücklich und bedankt sich zugleich bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Abteilung 6 des Präsidiums für ihren engagierten Einsatz in der Sache.

Der Schutz gegen Kalaschnikow-Beschuss erfüllt eine langjährige DPoIG-Forderung.

Wir mahnen aber deshalb umso mehr und zum wiederholten Male die immer noch ausstehende flächendeckende Beschaffung von modernen und effektiven **ballistischen Schutzhelmen** der neuesten Generation an, die auch den Kopf vor Kalaschnikow-Beschuss schützen. Die von der Bundeswehr als Übergangslösung beschafften Splitterschutzhelme waren anfangs sicherlich besser als gar nichts, aber sie dürfen auf keinen Fall zur Dauerlösung werden. Hier ist jetzt Eile geboten!

Einsatz der Schusswaffe getötet werden. Wir werden uns deshalb weiterhin für die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten im bundespolizeilichen Einzeldienst stark-

machen und dazu beitragen, dass der Einsatz dieses hocheffektiven polizeilichen Einsatzmittels auch baldmöglichst auf eine saubere rechtliche Grundlage gestellt wird.“

Bezirksverband Bundespolizeipräsidium

Nils Lindenberg zum Vorsitzenden gewählt

Die Delegierten des Bezirksverbandes Bundespolizeipräsidium haben sich im November in Potsdam zum Delegiertentag eingefunden.

Als Gäste konnten begrüßt werden: Heiko Teggtatz, 1. stellvertretender Bundesvorsitzender, Jörg Stüven, Bundesgeschäftsführer, und Peter Poyssel, Bundestarifbeauftragter. Somit war der Bundesvorstand gut vertreten und konnte zahlreiche Themen an die Delegierten weitergeben. Weiterhin standen die Wahlen des Bezirksvorstandes im Mit-

telpunkt. Positiv ist zu vermerken, dass sich viele neue und junge „Gesichter“ für den Vorstand gefunden haben. Wir freuen uns auf eine tolle gewinnbringende Zusammenarbeit in den nächsten vier

Jahren. Danke für das entgegengebrachte Vertrauen.

Der Vorstand:

- › Vorsitzender: Nils Lindenberg
- › stellvertretender Vorsitzender: Dirk-Ulrich Lauer

- › Schatzmeisterin: Irina Bruns
- › Geschäftsführerin: Nicole Behnick
- › Tarifbeauftragte: Andreas Will, Alexandra Hartung-Lülsdorf, Birgit Poetsch
- › Gleichstellungsbeauftragte: Nicole Brozek, Lena Hellebrand
- › JUNGE POLIZEI: Sebastian Tennstädt, Andreas Schreiber
- › Seniorenbeauftragte: Harald Siegmann, Peter Feig
- › Kassenprüfer: Andreas Offenborn, Sven Junge, Björn Schäfer, Michael Meinert



© DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

Bezirksverband Bundespolizeipräsidium DPoIG Bundespolizeigewerkschaft



© DPoIG

Bezirksverband Berlin/Brandenburg

Axel Bonitz bleibt an der Spitze

Der Bundesdelegiertentag 2019 wirft seine Schatten voraus und so fand auch im Bezirksverband Berlin/Brandenburg Mitte Dezember 2018 der Bezirksdelegiertentag statt. Hierzu kamen die circa 40 Delegierten aus allen Ortsverbänden im Jugendbildungszentrum Blossin am Wolziger See zusammen, um einen neuen Bezirksvorstand zu wählen und damit auch die Weichen für die nächsten vier

Jahre Gewerkschaftsarbeit zu stellen.

Gewählt wurden:

- > Vorsitzender: Axel Bonitz
- > 1. stellvertretende Vorsitzende: Anja Ducklauß-Nitschke
- > stellvertretende Vorsitzende: Norman Brykczynski, Norman Koschnicke, Thomas Schröder
- > Schatzmeister: Sven Dorias, Jörg Kochanski (Stellvertreter)

- > Geschäftsführer: Sönke Nieting, Dirk Schweigert (Stellvertreter)
- > Tarifbeauftragte: Regina Tews, Sandra Höhn (Stellvertreterin)
- > Beauftragte JUNGE POLIZEI: Laura Wunsch
- > Seniorenbeauftragte: Volker Ettlich, Peter Froß (Stellvertreter)
- > Gleichstellungsbeauftragte: Anna Konowalow-Hempel, Katja Schulze (Stellvertreterin)

- > Beauftragte AuF: Holger Kraschutzki, Frank Fahldieck (Stellvertreter)
- > Beauftragter für die Zusammenarbeit mit dem dbb Landesbund Brandenburg: Peter Mamerow
- > Kassenprüfer: Gabriele Köhler, Kay Kulike

„Mit diesem starken Team werden wir die nächsten vier Jahre an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen stehen und für euch da sein, ganz nach dem Motto: **#WirandeinerSeite!**“, verspricht Axel Bonitz für den Vorstand.

Jetzt Laufbahnwechsel gemäß § 27 BLV ermöglichen

Evaluationsbericht bestätigt langjährige Forderung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

Die Möglichkeit des Laufbahnwechsels für erfahrene und leistungsstarke Beamtinnen und Beamte gemäß § 27 BLV wird seit 2009 in vielen Bundesbehörden in allen Laufbahngruppen als Ausnahmeregelung erfolgreich genutzt. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert deshalb bereits seit Jahren die breite Nutzung des § 27 BLV sowohl im Verwaltungs- als auch im Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei zur Erweiterung des vorhandenen Portfolios von **Personalentwicklungsmaßnahmen**.

In der Bundespolizei wurde der § 27 BLV bisher jedoch nur in ganz wenigen Fällen und ausschließlich im Verwaltungsdienst angewandt. Anlässlich des letzten dbb-Jahresgesprächs mit Abgeordneten des Ausschusses für Inneres und Heimat wurde diese Vorschrift jüngst nochmals thematisiert und ausführlich erörtert. Hierzu wurde der entsprechende

Evaluationsbericht aus dem Jahr 2017 herangezogen, der die Norm letztendlich ausdrücklich bestätigt. Die gezielte Anwendung des § 27 BLV habe insbesondere rasche Nachbesetzungen möglich gemacht und diene somit auch dem erfolgreichen Wissenstransfer und der Motivation. Der Bericht machte auch deutlich, dass es sich bei der Norm nicht um ein Konkurrenzinstrument zu den bestehenden Aufstiegsmöglichkeiten handele, zumal es sich beim § 27 BLV nicht um ein Aufstiegsverfahren, sondern um einen besonderen Laufbahnwechsel mit beschränkter Ämterreichweite handelt.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt es ausdrücklich, dass die Voraussetzungshürden für die Anwendung nun gesenkt und zudem auch verstärkt im Bundesinnenministerium angewandt werden sollen. Am Rande der letzten Personalver-

sammlung im BMI, November 2018, nutzte der Bundesvorsitzender Ernst G. Walter gleich die Gelegenheit, sich bei Minister Seehofer persönlich für die Anwendung des § 27 BLV in der Bundespolizei einzusetzen.

■ Auffassung bestätigt

Aufgrund des vorliegenden Evaluationsberichtes fühlt sich die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft im Ergebnis mehr als bestätigt und sieht deshalb auch keinerlei Gründe dafür, warum der § 27 BLV in der Bundespolizei im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes nicht umgehend umfassender genutzt werden sollte. Im Gegenteil – Eine vermehrte Nutzung von Laufbahnwechseln gemäß § 27 BLV in den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst bietet noch weitere erhebliche Vorteile für die Bundespolizei.

Wichtige finanzielle und personelle Ressourcen würden



© DPoIG

> Minister Seehofer könnte den Laufbahnwechsel gemäß § 27 BLV auch in der Bundespolizei etablieren.

geschont und unsere noch über die nächsten Jahre hinweg wegen der exorbitanten Einstellungszahlen vollends ausgelastete Aus- und Fortbildungsorganisation in der Bundespolizei könnte spürbar entlastet werden.

Nur so wird es letztlich auch möglich sein, die derzeitigen prozentualen Anteile im gehobenen und höheren Dienst zu erhöhen oder zumindest auf dem aktuellen Status quo zu halten.



> Gedenktafel

Im November und Dezember 2018 verstarben unsere Mitglieder

Michael Ruhland	28.09.1933	19.11.2018	Sen BY
Dieter Emmerich	12.11.1954	16.12.2018	Sen NRW
Jakob Prill	02.09.1942	18.12.2018	Sen BY

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

© Rosel Eckstein / PIXELIO

40 Jahre Gewerkschaftsmitglied Detlef Gondering



© Lothar Gotthardt

Im Rahmen der Hauptvorstandssitzung des Bezirkes Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland wurde Detlef Gondering (Mitte) für 40 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft ausgezeichnet.

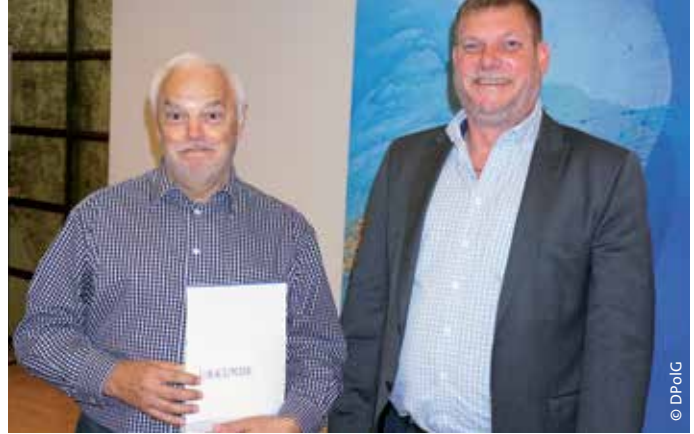
Detlef Gondering wurde beim Grenzschutz in Hünfeld eingestellt und leistete dort seine Grundausbildung.

Mit der Einstellung trat er gleichzeitig auch in den Bundesgrenzschutzverband (bgv) ein. Nach seiner Grundausbildung versah er seinen Dienst beim Objektschutz des BMI in Bonn. Nach erfolgreichem Abschluss des Unterführerlehrgangs in Fuldatal erfolgte eine weitere Verwendung beim Objektschutz im Bun-

deskanzleramt in Bonn. In der Folgezeit wechselte er zur Bundeswehr und wurde Einstellungsberater beim Kreiswehersatzamt in Trier. 1996 kehrte er zum BGS zurück und versah bis zum Eintritt in den Ruhestand seinen Dienst bei der Bahnpolizei in Trier.

In der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft engagiert er sich aktiv als Kassenprüfer im Bezirksverband Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland.

Es gratulierten ihm der BV-Vorsitzende Klaus Spiekermann (rechts) und der Seniorenbeauftragte Lothar Gotthardt (links) und überreichten ihm eine Urkunde und einen Geschenkgutschein. ■



© DPoIG

50 Jahre Mitglied sind ...

■ ... Hans Jakupak

Im Kreis des Bundeshauptvorstandes feierte Hans Jakupak (links) sein 50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum. Er ist als Seniorenbeauftragter der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft aktiv und leitet damit einen der größten Bezirksverbände der Bundespolizeigewerkschaft. Der rüstige, humorvolle, weiterhin streitbare und schonungslos offene Gewerkschafter bietet gemeinsam mit dem Ehrenmitglied Helmut Tempel auch Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand an, die stets gut besucht sind. Er hat stets ein offenes Ohr für die Belange der Rentner(innen) und Senioren/Seniorinnen. Dank seiner Interventionen konnten beispielsweise die langen Bearbeitungszeiten bei den Beihilfestellen erheblich reduziert werden, denn „das ist ein Skandal“, so Jakupak damals.

Der 1. stellvertretende Bundesvorsitzende Heiko Teggatz (rechts) gratulierte ihm herzlich für die Treue zur Gewerkschaft und dankte ihm für sein unermüdliches ehrenamtliches Engagement. Er wünschte ihm viel Gesundheit!

■ ... Manfred Rockel

In diesem Jahr begeht Manfred Rockel (links) sein 50-jäh-

riges Gewerkschaftsjubiläum. Aus diesem Grunde besuchte unser Bezirksseniorenbeauftragter Klaus Junker (rechts) den Jubilar und überreichte ihm die Urkunde mit einem Präsent. Manfred Rockel und seine Frau plauderten mit Klaus Junker über die vergangene Zeit.

Unser Jubilar wurde am 1. April 1968 in den damaligen BGS in Ratzeburg eingestellt und in Neu Tramm in der FMAH Küste ausgebildet. Danach wurde Manfred nach Lübeck in die Walderseekarserie II/2 versetzt. Ab 1992 bis zu seiner Pensionierung am 31. Oktober 2008 war er wieder in Ratzeburg, der heutigen Bundespolizeiabteilung tätig.

In dieser Zeit war Manfred circa zehn Jahre lang in der Auslandsverwendung, so unter anderem in Tansania und Afghanistan. Der Gewerkschaft ist er stets treu geblieben und freut sich heute immer wieder auf die stattfindenden Zusammenkünfte. Heute reisen er und seine Ehefrau häufig mit dem eigenen Wohnmobil durch die Lande. Des Weiteren bastelt er sehr gerne an seinen Oldtimern herum.

Wir wünschen Manfred alles Gute und vor allem Gesundheit im Kreise seiner Familie. ■



© DPoIG